

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 15, 24. Juli 2003

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
BIZ: 100 300 000/Kto-Nr. 0670017787

Einblicke

Oasen des Friedens

Von Ralf Bachmann

Um das Beispielhafte am Wirken der Friedensschule im jüdisch-arabischen Gemeinschaftsort Oase des Friedens zu charakterisieren, wählte Israels Gesandter in Berlin, Mordechai Lewy, das Wort Empathie. Es steht für die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen, ihre Motive zu verstehen, ihnen zuzuhören, und ist das schwerste Fach an der mit dem Friedenspreis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ausgezeichneten Schule. Der arabische Junge, der so viel ärmlicher lebte als seine jüdischen Altersgenossen, kommt in guter Absicht, aber mit Misstrauen und Zweifeln. Das jüdische Mädchen, dessen Freundin Opfer eines Selbstmordattentäters wurde, spürt Abneigung in den Augen des jungen Arabers, hat Angst vor dem ersten Händedruck.

Erst nach geduldiger Aufklärung und täglicher Übung wird daraus Zuhören, Akzeptieren der anderen Art, Geschichte, Kultur, Religion – und schließlich Vertrauen. Ist eine Oase der Empathie nicht in einer Wüste des Misstrauens und der Feindseligkeit verloren? Allein ja. Aber Bundespräsident Rau besuchte in Jerusalem eine weitere „Oase“: die von Teddy Kollek gegründete jüdisch-arabische Schule „Hand in Hand“. In Osnabrück erhielten jetzt der jüdische Psychologe und Autor Dan Bar-On, einer der Vorkämpfer für Empathie, und der palästinensische Dichter Mahmud Darwisch gemeinsam den Remarque-Friedenspreis. Der Aachener Friedenspreis geht am 1. September an jüdische und palästinensische Friedensaktivisten.

Mit Bangen und Hoffen hört man die Nachrichten über Fortschritte und Rückschläge auf dem Wege zum Nahost-Frieden. Vielleicht wird von Diplomaten und Politikern zu viel erwartet. Frieden gibt es, wenn die Völker einander vertrauen. Der Geist der Oasen, wo man nach den Worten Johannes Raus lernt, „dass das Symbol unserer Welt die ausgestreckte Hand und nicht der Ellenbogen ist“, muss die Region erfassen. Lewy hat recht: „Noch nie war der Dialog am ‚grass root level‘ so notwendig wie jetzt.“

Langwieriger Prozess

Nach fast neun Jahren wurden zwei Rechtsextremisten wegen der Schändung eines Jüdischen Friedhofs verurteilt.

Seite 2 ■

Unheimliche Allianzen

Zwischen berüchtigten Rockerbanden und Neonazis sind zunehmend Annäherungen zu beobachten.

Seite 3 ■

Rechte Burschen

Funktionär der Schill-Partei ist Mitglied bei den Hamburger Germanen.

Seite 5 ■

Interaktive Botschaft

Mit rassistischen Computerspielen wollen Rechtsextremisten junge Menschen ködern.

Seite 10 ■

Ein juristischer Gigant

Der frühere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hat maßgeblich zur Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen beigetragen.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Ein unendlicher Fall**

Nach fast neun Jahren sind jetzt zwei Mitglieder der „Aktion Sauberes Deutschland“ wegen der Schändung eines Jüdischen Friedhofs verurteilt worden.

Wer den Fall „Busenberg“ in den mittlerweile fast neun vergangenen Jahren nach der Schändung des Jüdischen Friedhofs verfolgt hat, gewinnt irgendwie den Eindruck, dass vieles nicht ganz sauber ist: Da wäre der Angeklagte Markus Walther aus Pirmasens, der seine Haare wie der Führer kämmt und sich auch seines Hitler-Bartes nicht schämt. Seinem Sohn hat er den Namen Rudolf Wotan gegeben. Oder der zweite Angeklagte Christoph Bauer aus dem südbadischen Grenzach, der in seinem Heftchen „Sand im Getriebe“ seitenweise Privatadressen von Personen, die „gegen rechts“ sind, veröffentlichte. Hinter die Namen schrieb er Kommentare wie „Jude“, „linker Türke“ oder „für Moschee“. Auf der Zeugenliste steht Wolfgang Lutz, der mit Haftbefehl gesucht wird, weil er einem Bundestagsabgeordneten in einem Brief mit dem Tode gedroht hatte. Von dem Politiker wollte Lutz seinen Führerschein zurück haben, der ihm wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung abgenommen worden war. Inzwischen ist Lutz in die USA geflüchtet und hat dort politisches Asyl beantragt.

Und auch die Ermittlungen in dem Fall verliefen nicht gerade sauber. Nachdem im November 1994 auf dem Jüdischen Friedhof in Busenberg 58 Grabsteine umgestoßen und mit Hetzparolen wie „Juda verrecke“ oder „Tötet alle Juden“ beschmiert worden waren, gründete die Polizei in Kaiserslautern eine Ermittlungsgruppe. Die Staatsschützer aus der Pfalz verpassten der Akte aber schon bald den Stempel „ungeklärt“. Es war nicht der erste Fall, der nicht gelöst werden konnte. Den selben Stempel hatte man schon bemüht, als an ein Aussiedlerheim in Pirmasens der Spruch „Tötet diese Pest“ gesprüht worden war. Oder als in Weyer die katholische Kirche mit rechten Sprüchen beschmiert worden waren. Erst als 1997 erneut der Jüdische Friedhof in Busenberg verwüstet wurde, kramte man die alte Akte wieder hervor. Ein halbes Jahr später verkündeten die Ermittler, man habe den Fall aufgeklärt. Walther, Bauer, Lutz und vier weitere Personen konnten überführt werden, weil einer der Tatverdächtigen bei seiner Vernehmung ausgepackt

hatte. Sechs der Beschuldigten gehörten der rechts-extremen „Aktion Sauberes Deutschland“ an, Bauer hatte die Ortsgruppe Lörrach geleitet, Walther die Ortsgruppe Pirmasens. Zwar war den Ermittlern aufgefallen, dass ASD-Mitglieder nicht nur Flugblätter verteilten und Zeltlager für Kameraden organisierten, sondern auch gezielt Straftaten verübt hatten, doch die Friedhofsschändung sei eben früher nicht nachweisbar gewesen.

Bauer und Walther wurden im Februar 1999 in erster Instanz verurteilt. Beide legten aber Berufung ein. Walther hatte der Amtsrichter wegen der vielen Vorstrafen zwei Jahre und zwei Monate ohne Bewährung verpasst. Im Dezember 2000 verhandelte schließlich das Landgericht Zweibrücken den Fall erneut. Doch der bereits verurteilte und geständige Mittäter und gleichzeitig auch wichtigste Zeuge Wolfgang Lutz war nicht mehr auffindbar. Per E-Mail meldete er sich aus Südamerika. Nur wenn man ihm freies Geleit zusichere und ein Flugticket bezahlen würde, wäre er bereit auszusagen. Allerdings gelang es der Justiz nicht, Kontakt mit Lutz aufzunehmen, der Prozess verzögerte sich. Nach mehreren Wochen Verhandlung wurde Christoph Bauer von Unbekannten zusammengeschlagen. Richter, Schöffen und Rechtsanwälte führten die Verhandlung im Pirmasenser Krankenhaus fort, um den Prozess nicht ganz platzen zu lassen. Dazu kam es dann aber doch, nachdem ein Schöffe kurz vor Ende der Beweisaufnahme eine Herzattacke erlitt. Im vergangenen Jahr hatte die zuständige Kammer wegen Überlastung keine Zeit, den Fall neu aufzurollen.

Nach fast neun Jahren konnte die Friedhofsschändung von Busenberg Anfang Juli nun juristisch beendet werden, mit einem Deal. Richter, Staatsanwalt und Verteidigung einigten sich auf eine Bewährungsstrafe. Bauer kam mit viereinhalb Monaten davon, weil er in Busenberg Schmiere gestanden hatte, Walther erhielt zwei Jahre auf Bewährung, weil er den Friedhof verwüstet, das Aussiedlerheim beschmiert und noch andere rechtsextreme Straftaten begangen hatte. Auch Oberstaatsanwalt Dexheimer, der normalerweise bei Rechts-extremen nicht zimperlich ist, hielt eine Bewährung für angemessen. Zu viel Zeit sei zwischen der Tat und dem Urteil vergangen. Außerdem habe sich Walther mittlerweile eine berufliche Existenz aufgebaut. Der 27-Jährige arbeitet als Fahrer für ein Pirmasenser Unternehmen und setzt sich weiter für ein „sauberes Deutschland“ ein – als Verkäufer von Reinigungsmitteln.

Benny Bender

Hintergrund

Gefährliche Allianzen

Berüchtigte Rockerclubs werden immer wieder mit Drogen, Zuhälterei und Waffen in Verbindung gebracht. In zunehmendem Maße mischen hier auch rechte Skinheads und Neonazis mit.

Die Zeichen stehen schon lange auf Alarm. Als am 5. Juli bei einem Harley-Davidson-Treffen im ostfriesischen Leer die Anhänger der Motorrad-Clubs „Gremium“ und „Bandidos“ aufeinander stießen, knallte es richtig. Eine Massenschlägerei zwischen den rivalisierenden Rockerclubs endete mit zwei Schwerverletzten, die mit Stichverletzungen in Hals und Bauch im Krankenhaus landeten. Die „Gremium“-Rocker aus dem Bremer Bereich kamen, nach Polizeiangaben, mit Autos und verschwanden auch blitzschnell. Die Staatsanwaltschaft Aurich ermittelt wegen schweren Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung.

In Norddeutschland war das die bisher brutalste Auseinandersetzung im schwelenden Rockerkrieg. Bereits im April dieses Jahres hatte der Leiter der Kriminalinspektion Organisierte Kriminalität Weser-Ems, Herbert Kruse, darauf hingewiesen, dass die Motorrad-Rocker-Banden der Polizei „immer größere Sorge“ bereiten. Die „Hells Angels“ fühlten sich als „Platzhirsch“ im Großraum Bremen, die „Bandidos“ seien vor allem im Osnabrücker Raum vorherrschend, während „Gremium MC“ den Raum Wilhelmshaven beanspruchen würde. Mitglieder dieser Gangs, so Kruse, seien zunehmend in Verbrechen wie Menschenhandel, Förderung der Prostitution und auch in Drogenhandel verwickelt. Alle drei Banden würden straff geführt und bekämpften sich zwar gegenseitig durch Erpressung, Schlägerei und Schusswaffen, hielten aber gegenüber der Polizei absolut „dicht“.

Der eigentlich im Südwesten des Bundesgebietes beheimatete „Gremium MC“ breitet sich seit einiger Zeit im Norden aus und gründete bereits so genannte Chapter in Jever, Oldenburg, Cloppenburg und Bremen und Bremerhaven. Es soll zunehmend brutalere Anwerbungsversuche im Motorradclubmilieu geben. Jetzt könnte eine weitere geplante Neugründung im ostfriesischen Bereich der Anlass zu der brutalen Aktion gewesen sein, so mutmaßen Szenekenner.

Der „Gremium MC“ machte in Bremerhaven auf sich aufmerksam, als er im Herbst letzten Jahres ein Konzert mit der rechten Hooliganband „Kategorie C“ veranstaltete. Über 300 glatzköpfige Besucher bevölkerten den Rechtsrock-Abend. Leider nichts Ungewöhnliches, heißt es aus Bremer Polizeikreisen, denn auch in der Hansestadt gibt es Annäherungen zwischen rechten Skinheads und Rockern. Das Bundeskriminalamt bekannte bereits 2000 in „Report aus München“, dass der „Gremium MC“ polizeilich einschlägig bekannt sei. So würden Anhänger „auch kein Feuergefecht“ mit rivalisierenden Clubs scheuen.

Doch welche Rolle spielen bei diesen Machtdemonstrationen und dem teilweise tödlichen Kampf um Marktanteile im Rocker- und Rotlichtmilieu die Rechten? Vor kurzem wurde bekannt, dass hinter dem Pseudonym des bisherigen Vizepräsidenten des „Gremium MC“ in Dresden „Oswald“ kein Geringerer als Andreas Pohl steckt. Pohl war einer der Anführer der verbotenen neonazistischen Nationalistischen Front. Seinen Tarnnamen wählte er wohl nicht von ungefähr: der hochrangige SS-Offizier Oswald Pohl wurde als NS-Kriegsverbrecher 1951 von den Alliierten hingerichtet. Andreas Pohl stammt aus Berliner Skinheadkreisen, war Bandmitglied von „Kraft durch Froide“ und gründete 1992 nach dem Verbot der NF die „Sozialrevolutionäre Arbeitsfront“. Dann wurde es still um ihn.

■ Braune Konzerte auf dem Gelände ■

Spätestens Ende der 90er Jahre tauchte der rechte Strategie beim „Clan MC“ in Dresden auf. In der Motorrad-Zeitschrift „Biker-News“ (10/97) protzte der Club, dessen Mitglieder in langen weißen Staubmänteln auftreten und deren Clubhaus im so genannten „Clan-Camp“ liegt: „Wir haben Dresden übernommen, um ein Ausufern der MC-Szene zu verhindern“. Die Polizei brachte die berüchtigten Rocker schnell mit Rotlichtkriminalität in Verbindung, aber auch mit „Neonazi-Konzerten“, die auf deren Gelände stattgefunden haben sollen.

Aus dem „Clan MC“ entstand das sächsische „Gremium“-Chapter, die Staubmäntel wurden abgelegt, ihre Glatzen wurden zum neuen Markenzeichen. Dann passierte ein Mord. Bei einem Überfall auf das Clubhaus der früheren „Highway Wolves“ war der 22-jährige Rockerchef erschossen worden. Der Prozess gegen die 12 angeklagten „Gremium“-Mitglieder am Leipziger Landgericht endete 2001 mit

mehrjährigen Haftstrafen. „Den tödlichen Schuss auf 'Borsti' nahm der Dresdener 'Gremium'-Chef Heiko Rabenhorst auf seine Kappe“, heißt es in der „Biker-News“. Vize-Präsident „Oswald“ Pohl alias Andreas Pohl rückte auf dessen Stuhl.

Der Freitaler Motorradclub tauchte im Dezember 2002 erneut in den Zeitungen auf, als es um die Schließung des rechten Szeneclubs „Thor“ in Dresden ging. Bevor die Neonazis dort einzogen, hatte der Motorradclub da sein Domizil, schreibt die „Sächsische Zeitung“. Aber auch nach deren Umzug sollen Andreas Pohl und seine Truppe immer wieder zu den Gästen des „Nationalen Hauses“ gehört haben. Kontakt zum Dresdener Gremium-Chapter um Pohl soll auch der „Gremium MC Cottbus“ haben. Der Club mit Sitz in Spremberg sei aus der Glatzenszene der frühen 90er Jahre entstanden, berichten Insider. Medienberichten zufolge gab es auch beim Pforzheimer Gremium-Ableger bereits ein Rechtsrock-Konzert im Clubhaus. In Pirna haben Gremium-Mitglieder ein Haus im Ortsteil Rottwerndorf angemietet. „Die sind hier aber polizeilich noch nicht in Erscheinung getreten“, heißt es vonseiten der Pressestelle der Polizei der sächsischen Stadt.

„In Norddeutschland braut sich etwas zusammen“, kommen dagegen Warnungen aus Polizeikreisen der Stadt Bremen. In Bremen haben die berüchtigten „Bandidos“ den „Blazes MC“ „übernommen“, auch dort hatte es bereits Neonazi-Kontakte gegeben und nach eigenen Angaben spielte die rechte Band „Kategorie C“ schon im Clubhaus der „Hells Angels“ in der Nähe der Hansestadt.

Es sind unheimliche Allianzen, die dort entstehen. Die Rockerclubs werden bundesweit immer wieder mit Drogen, Zuhälterei und Waffen in Verbindung gebracht. Ein Betätigungsfeld auf dem sich in Nord- und Ostdeutschland auch immer mehr Anhänger der „Freien Kameradschaften“ tummeln. Vor einigen Wochen war ein Waffenhändlerling den Beamten aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ins Netz gegangen. Bei groß angelegten Razzien gegen Mitglieder von zwei Rockerclubs waren 210 Waffen, darunter kistenweise Maschinengewehre, Panzergranaten und Panzerminen sicher gestellt worden. Über die Mitglieder des teils betroffenen Celler Motorrad-Clubs „Nordmänner MC“ ist bisher wenig bekannt. Für welchen Zweck die Waffen bestimmt waren, heißt es bei „spiegel-online“, dazu wollte sich die Staatsanwaltschaft noch nicht äußern.

Andrea Röpke

Aus der Szene

„Sendepause“

Die Neonaziband HKL auf Tauchstation

Dass raue Sitten bei Rechtsrockkonzerten herrschen, war bekannt. Doch nicht nur beim Pogotanzen, auch hinter den Kulissen werden harte Bandagen angelegt: Die Kasseler Band „Hauptkampflinie“ (HKL) rund um ihren Gründer Oliver Podjaski klagt, dass sie von Teilen der Szene boykottiert wird. Am 5. Juli hatte die Gruppe bei einem Konzert unter anderem mit der Dortmunder Band „Oidoxie“ in den Niederlanden spielen sollen. Das Konzert fand statt – doch ohne die Gruppe aus Kassel: „Plötzlich wurden wir wieder ausgeladen, weil Leute aus dem Ruhrpott gedroht hatten, das Konzert zu sprengen“, klagte HKL in diversen Internetforen. Für HKL war das eine neue Erfahrung. Bisher hatte die Gruppe eher mit staatlichen Behörden Schwierigkeiten gehabt. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften beispielsweise indizierte im Jahr 2000 die CD „Völkermordzentrale“. Dem HKL-Song „Kanacken raus“ attestierte sie, volksverhetzend zu sein.

Hintergrund des aktuellen szeneeinternen Streits sind die Boykottaufrufe gegen den „Ohrwurm“-Versand. Dessen Betreiber Marcel Ingnoli wird vorgeworfen, Informationen zum Erscheinen einer „Landser“-CD und zu den Vertriebswegen an die Polizei verraten zu haben. Bei Ohrwurm aber hatte HKL seine CDs produziert – was nun offenbar dazu führt, dass die Band selbst zum Ziel von Boykottaufrufen wird. „Unsere Szene wird mit jedem Tag erbärmlicher“, jammert HKL. Die Band kündigt eine „längere Sendepause“ an – und hofft darauf, dass bis zu deren Ende „möglichst viele dieser hetzenden Szenej***n verrecken“.

Die Meinungen gehen in der Szene auseinander – wobei reichlich schmutzige Wäsche gewaschen wird. Während die einen meinen, HKL habe sich nichts zuschulden kommen lassen und daher den Boykott nicht „verdient“, weisen andere darauf hin, dass „solche Reaktionen zu erwarten sind, wenn eine Band, trotz Boykottaufrufen gegen das Label, für dieses Label ins Studio geht“. Betroffen ist von der HKL-„Sendepause“ auch das Pressefest des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ am 9. August. Aus dem Rahmenprogramm musste der Auftritt von HKL wieder gestrichen werden. *Tomas Sager*

Aktivitäten

Bundesbrüder

Hamburger Funktionär der Schill-Partei ist Mitglied bei der rechtsextremen Burschenschaft Germania.

Mehrmals fragte die SPD-Abgeordnete Luisa Fiedler in der Hamburger Bürgerschaft nach. Seit am 22. Mai dieses Jahres der „Verein für Denkmal-Erhaltung“ und die Burschenschaft Germania die Illuminierung des Otto-von-Bismarck-Denkmal in Hamburgs Alten Elbpark veranstaltete, stellte die Abgeordnete vier „Kleine Anfragen“ an den Senat. Doch die Antworten des Senats von CDU, Schill-Partei und FDP zu der rechtsextremen Studentenverbindung geben kaum Auskunft. Mit dem Verweis der „Vertraulichkeit“ verweigert die Innenbehörde die Beantwortung.

So teilt die Behörde nicht mit, das die Burschenschaft Germania enge Verbindungen zu dem Verein „Studentenwerk Harry Lange“ unterhält. Dessen Vorsitz hatte der hochschulpolitische Sprecher der Schill-Partei Christian Brandes im Oktober 2001 von dem ehemaligen stellvertretenden Landeschef der Republikaner (REP) Heiko Pätzmann übernommen. Auf der Mitgliederversammlung im Haus der Germania wählten die Vereinsmitglieder ihren Bundesbruder ohne Gegenstimmen zum neuen Vorsitzenden. Aus „beruflichen Gründen“ wollte Pätzmann den Vorsitz nicht mehr innehaben.

Im Jahr 1977 meldeten Bundesbrüder der Germania den Verein als „Burschenschaftliches Studentenwerk zu Hamburg“ an. Die Burschenschaft, welche seit Jahrzehnten Beziehungen zum rechtsextremen Spektrum von der NPD bis hin zum internationalen Netzwerk Synergies Européenne unterhält, kann so die steuerlichen Vorteile bei der Unterhaltung ihres Burschenschaftshauses nutzen. Anfang 1990 wurde beschlossen, Zimmer auch an Studenten, die keiner „Studentenverbindung angehören“ zu vermieten. Vermittelt doch auch die NPD-Studierendenorganisation NHB „national Gesinnte“ an die Germania.

Den Vereinsnamen änderten die Bundesbrüder 1997, um die Erinnerung an der verstorbenen Alten Herrn der Germania Harry Lange „wachzuhalten“. Bei der gleichen Versammlung bestimmten sie Pätzmann zum Vorsitzenden.

Noch bis Anfang 2000 ist Pätzmann Kontaktperson für die rechtsextreme Schülerburschenschaft Teutonia Hamburgia. Als Redakteur verantwortet er in den 90er Jahren deren Blatt „Freies Volk“, mit denen sie versuchten, Hamburgs Gymnasiasten für sich zu gewinnen. In dem „Informationsblatt der Pennalen Burschenverbindung“ hetzten sie gegen ausländische Mitbürger und forderten die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914. Zu jener Zeit beobachtet der Verfassungsschutz gemeinsame Wehrsportübungen von Mitgliedern der Teutonia Hamburgia, der Germania und Neonazis.

Doch Pätzmann ist nicht der einzige Amtsinhaber mit rechtsextremer Vergangenheit, mit denen Brandes den Vereins führt. Auf der Versammlung 2001 wurde Rolf Leppert als Kassenprüfer bestätigt. Gemeinsam mit Pätzmann saß Leppert in den 90er Jahren im Republikaner-Landesvorstand. Offen auftretende rechtsextreme Intellektuelle waren in der Partei allerdings aus Sorge vor Verboten wenig willkommen. So verließen Pätzmann und Leppert, der in dem Deutschen Rechtsbüro des Neonazianwalts Jürgen Rieger mitarbeitete, die Republikaner. Aus dem Kreis ihrer Burschenschaft entstand der rechtsextreme Deutsche Freundeskreis (DFK), dessen Zeitung „Horizonte“ Leppert mitherausgab. Der DFK lud auch schon mal den Auschwitz-Leugner David Irving in das Germanenhaus ein.

■ Warnung vor der „US-Ostküste“ ■

Seit seiner Wahl dürfte Brandes sich vor allem um die Finanzen bemühen. Die ausstehenden Mitgliedsbeiträge sowie die Renovierungskosten des Hauses müssten den Schill-Funktionär sorgen. Denn die Zahlungsmoral der Alten Herren an den Hintergrundverein der Burschenschaft lässt laut Versammlungsprotokoll zu wünschen übrig. Schon des Öfteren war die von der Schill-Partei geführte Innenbehörde in den Medien wegen mangelnder Auskunftsfreudigkeit zu der Burschenschaft kritisiert worden. Vor allem nachdem publik wurde, dass Brandes aktiver Germane ist.

Die braunen Burschen suchen seit dem Regierungswechsel verstärkt die politische Auseinandersetzung. Während ihr Bundesbruder im Parlament das politische Mandat der Asten angreift, werben die Germanen auf dem Campus mit Plakaten „für das Ideal der Volksgemeinschaft“ und warnen vor der „neuen Diktatur, die maßgeblich von der US-Ostküste bestimmt wird“. *Andreas Speit*

Verfassungsschutz**Wachsende Militanz**

Zulauf für Neonazi- und Skinheadszenen in Sachsen und Thüringen – rechtsextreme Parteien verlieren Mitglieder.

Nach wie vor 3300 Personen zählt der sächsische Verfassungsschutz dem rechtsextremen Spektrum zu, verändert hat sich aber dessen Zusammensetzung, wie dem aktuellen Landesverfassungsschutzbericht zu entnehmen ist. Weitaus mehr als die Hälfte (1830; Vorjahr: 1550) der Aktivisten sind mittlerweile den militanten Rechten und Neonazis zuzurechnen. Besonders deutlich ist der Zuwachs bei den rechtsextremen Kameradschaften, die sich im Berichtszeitraum auf 850 (600) Zugehörige verstärkt haben. Prägend für die Kameradschaftsszene sei „ihre latente Gewaltbereitschaft“, warnen die Verfassungsschützer. Rund 40 (35) Kameradschaften, die sich vornehmlich aus Skinheads rekrutieren, werden gezählt. Nach Erkenntnissen der Behörde deutete sich 2002 eine „Politisierung der Kameradschaftsszene“, an. Genannt werden im Bericht insbesondere die verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz, aus deren Mitgliederkreis weiterhin Aktivitäten festzustellen seien, und die „Freien Aktivisten Hoyerswerda“, die sich um die Vernetzung der ostsächsischen Szene bemühten. Als wichtiges Bindeglied des subkulturellen Rechtsextremismus in Südostsachsen wird der Nationale Jugendblock in Zittau ausgemacht, der jetzt über 40 (25) Anhänger verfügt. Das Potenzial der rechten Skinheads wird wie im Vorjahr mit 900 Personen beziffert.

Der Zuwachs bei den militanten Rechten geht einher mit deutlichen Mitgliederverlusten bei den rechtsextremen Parteien. Der noch vor wenigen Jahren 1400 Personen starke NPD-Landesverband weist noch 900 Mitstreiter auf (2001: 1000). Die Verfassungsschützer sehen die Dominanz der NPD im Freistaat als stark beeinträchtigt an. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen würden zunehmend von Neonazis und Kameradschaften bestimmt. Allein der Hamburger Christian Worch habe als Vertreter der Freien Nationalisten in Leipzig im Berichtsjahr sechs Demonstrationen ausgerichtet, deren Teilnehmer hauptsächlich aus der Skinhead- und Kameradschaftsszene kamen, wird festgehalten. Erst am 19. Juli marschierte der Top-Neonazi Worch jetzt erneut mit rund 190 Anhängern wieder durch Leipzig.

Eine „gewisse Akzeptanz“ in der Szene habe sich auch die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) mit ihren organisationsübergreifenden Veranstaltungen verschafft, stellen die Verfassungsschützer fest. Der JLO-Landesverband, der sich als Teil der „nationalen Opposition“ versteht, weise personelle und logistische Verflechtungen zur NPD auf. Teilgenommen an JLO-Veranstaltungen hätten gemeinsam mit NPD und Neonazis auch Mitglieder von DVU und Republikanern, heißt es im Bericht. Unaufhaltsam befinden sich die Parteien DVU und Republikaner in Sachsen mit nunmehr 400 beziehungsweise 250 Mitstreitern im Abwärtstrend; sie verloren jeweils 100 Anhänger.

Mit 89 (2001: 85) Vorfällen hat die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten in Sachsen, darunter 77 (63) Körperverletzungen, im Berichtszeitraum zugenommen. 34 Gewaltdelikte wurden aus fremdenfeindlicher Motivation begangen.

Auch in Thüringen laufen den rechtsextremen Parteien die Mitglieder davon, während das Personenpotenzial im militanten Spektrum im Anstieg begriffen ist. Der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht konstatiert einen Zuwachs bei den nicht organisierten Neonazis auf 500 (plus 100) und bei den Skinheads auf 380 (plus 30).

Der noch im Vorjahr einflussreiche Thüringer Heimatschutz (THS), der als „Bindeglied“ zwischen der freien Neonaziszene und der NPD galt, trete jetzt einzig durch die Sektion Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen (NSAW) in Erscheinung, halten die Verfassungsschützer fest. Der rund 70 Anhänger zählende NSAW agiere unter verschiedenen Firmierungen. Berichtet wird unter anderem über gemeinsame Aktivitäten mit NPD-Funktionären und Freien Nationalisten. Der Bericht erwähnt auch den nach Thüringen verzogenen, bekannten niedersächsischen Rechtsextremisten Thorsten Heise, in dessen Domizil in Fretterode allwöchentlich „Kameradschaftsabende“ stattfinden, heißt es.

Deutlich Federn lassen musste die NPD, die 25 Prozent ihrer Anhängerschaft verloren hat (jetzt 150). Für „aktionsorientierte Neonazis“ habe die NPD an Attraktivität eingebüßt, wird festgestellt. Schwund herrscht auch bei den Republikanern mit 140 (minus 30) und der DVU mit 150 (minus 50) Mitgliedern.

Rückläufig waren im Freistaat die von Rechtsextremisten verübten Delikte mit 913 (1313) Vorfällen; zurückgegangen ist die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten auf 57 (72), wobei 41 (61) Fälle von Körperverletzung registriert wurden. G.N.

Aktivitäten**„Nationale Band“****Die „Böhsen Onkelz“ mögen keine Werbung durch die NPD.**

Für Aufsehen sorgte die Ankündigung, die Ex-Rechtsrocker „Die Böhsen Onkelz“ spielen am 8. August als Vorband der Rolling Stones. „Nazis open for the Stones“ titelte etwa die „New York Post“ über das Konzert der Deutschrocker mit Mick Jagger und Co. in Hannover. Auch der örtliche NPD-Kreisverband wollte da medial auffallen und bekannte Ende Juni via Pressemitteilung, ein am 4. Juli stattfindendes Einzelkonzert der „Böhsen Onkelz“ in der Leinestadt mit „mehr als 200 Besucher(n) aus allen Bereichen der Nationalen Opposition“ zum „Heimspiel der NPD“ zu machen. Am 2. Juli folgte dann die Info, der NPD-Kreisverband habe „mit einiger Überraschung (...) die plötzliche Kontaktaufnahme“ durch das Band-Management registriert und werte dies „als Zeichen der Versöhnung mit dem nationalen Widerstand.“

Die Band sieht das indes anders. In ihrem Online-Tourtagebuch steht zu besagtem Konzert etwas von „NPDeppen“ und deren „dreiste Pressemeldungen“. Indes habe die Band deswegen „zusätzliches Sicherheitspersonal“ für den Abend gebucht. Es sei aber „keine (Fascho-)Sau zu sehen“ gewesen und – die Hardrocker teilen gerne rundum aus – „auch die AntiFa ist wohlweislich geschlossen zuhause geblieben“. Unklar ist, ob die Band gegen die NPD juristisch vorgeht. Denn seit Anfang der 90er Jahre scheut sie keine Mühen, ihre braune Vergangenheit abzuschütteln und überzieht Medien mit Klagen, die sie als Nazis bezeichnen oder in deren Nähe rücken.

Bislang unbekannt ist, ob die NPD dazu aufruft, auch das Konzert mit den Rolling Stones aufzusuchen – und sich unter den Tausenden von Besuchern zu verlaufen. Für den 4. Juli hatte der Kreisverband jedenfalls „Freunden und Sympathisanten“ geraten, beim Besuch des Konzerts „auf szenetypische Bekleidung zu verzichten. (...) Gerade die Ankündigung (laut NPD im Schreiben, s.o), dass auch ältere Stücke (aus der Rechtsrockära; Anm.) gespielt werden, macht den Besuch (...) umso interessanter.“ Immer noch seien „viele Kameraden (...) der Meinung, dass die Böhsen Onkelz eine nationale Rock-Band sind.“ *Michael Klarmann*

Am Rande**Ende einer Laufbahn****Kein Bedarf mehr für rechten Historiker**

Nicht nur die Stadt Herne distanziert sich von ihrem ehemaligen Mitarbeiter, dem in die Schlagzeilen geratenen Historiker Olaf Rose (BnR 12/03). Der Hauptausschuss der Stadt Herdecke beschloss am 17. Juli, dass sich die Stadt der Dienste ihres Ex-Archivars nicht mehr bedienen werde. Zwar hatte der 44-Jährige, der in der Verlagsgemeinschaft Berg publizierte und in rechtsextremen Kreisen referierte, in den letzten Jahren nicht mehr hauptamtlich für die Stadt gearbeitet, doch sein berufliches Intermezzo wirkte nach. Bis in die jüngste Zeit legte er in dem Städtchen Publikationen vor, darunter in zwei Fällen Werke, die während des Naziregimes entstanden bzw. projiziert waren.

Ende 2000 brachte Rose eine „Herdecker Ortschronik 1938 – 1940“ heraus. Sie basiert auf dem Tagebuch, das ein Lehrer im Auftrag des Bürgermeisters führte. Es sollte Grundlage einer offiziellen Ortschronik sein, die vom Reichsinnenministeriums verlangt wurde. Einen „authentischen Bericht aus parteinaher, aber nicht amtlicher Sicht“, versprach Rose und veröffentlichte das Elaborat des Lehrers, der wie Rose betonte, „nicht Mitglied der NSDAP, sondern nur der SA“ war. „Genugtuung“, so formulierte Rose, habe jener Chronist nach dem „Wegzug der Juden“ im März 1939 empfunden.

Vor acht Monaten veröffentlichte Rose dann das Buch „U-751 – Triumph und Tragödie eines deutschen U-Bootes“. 1942/43 hatte Herdeckes Bürgermeister ein „Gedenkbuch“ für das untergegangene U-751, mit dem die Ruhrstadt per Patenschaft verbunden war, herausgeben wollen. Das geschah damals nicht. Rose holte es im extrem rechten Vowinkel-Verlag nach und verriet, dass er den letzten Anstoß für die Herausgabe des Buches durch die „infame“ und „intentional erbärmliche“ Wehrmachtsausstellung erhalten habe. 1996 heuerte Rose als Lektor bei Dietmar Munier an, zu dessen Verlagsgruppe der Arndt-Verlag und der Orion-Heimreiter-Verlag gehören. Bei Arndt veröffentlichte auch Günter Deckert. Auf der rechtsextremen Internetseite „Störtebeker“ wird der Historiker gefeiert: „Arbeiten wie die von Olaf Rose sind unverzichtbar.“ Eine kritische Öffentlichkeit in Herne und Herdecke sieht dies offenbar anders. *T.S.*

Seitenblick

Geschichtslos*Von Wilhelm Schmidt***Wilhelm Pleyer – eine Straßenumbenennung sorgt in Salzgitter für Aufregung.**

Nach einer seit Juni 2001 (!) laufenden heftigen öffentlichen Auseinandersetzung heißt die „Wilhelm-Pleyer-Straße“ im niedersächsischen Salzgitter seit kurzem „Erich-Kästner-Straße“. Bis zuletzt haben sich Vertreter der CDU im Stadtrat, an der Spitze ihr Vorsitzender und Landtagsabgeordneter Hermann Eppers, gegen diese Umbenennung gewehrt und dabei mehr als einmal ihre geschichtslose und rechtslastige Haltung offenbart. Die Benennung der Straße in einer Vertriebenen-Siedlung war 1957 ohne Aufsehen erfolgt, weil Pleyer als „sudeten-deutscher Heimatdichter“ eingeordnet worden war. Erst die Studien einer ungarischen Gaststudentin an der Universität Bayreuth hatten zu Tage gefördert, dass Pleyer die Nazis im Sudetenland schon lange vor ihrer Machtergreifung gepriesen hatte. Er war unter anderem Gaugeschäftsführer der Deutschen Nationalpartei in der CSR von 1926 – 1929. Er erhielt fünf NS-Literaturpreise. Nach 1945 trat er nicht nur häufig für „das Recht auf die alte Heimat“ ein, sondern schrieb auch für die „Deutsche National-Zeitung“ von Gerhard Frey.

Der Widerstand der konservativen Kreise in der Stahlstadt ähnelte im Kleinen der Diskussion um die Umbenennung von Kasernen, die noch Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg die Namen von Nazi-Generälen trugen. Hermann Eppers nannte in der entscheidenden Ratsdebatte die von der SPD beantragte Umbenennung „Gesinnungsdiktatur“. Es gab sogar Drohungen per anonymer Post gegen für eine Umbenennung eintretende Ratsmitglieder. Und das vom Verfassungsschutz unter Beobachtung stehende „Störtebeker-Netz“ machte sich auf seiner Internet-Seite ebenfalls über den Vorgang her.

Spät, aber letztlich doch konsequent und nach langen Verzögerungen durch die örtliche CDU, haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Rat von Salzgitter jetzt den Fehler von 1957 bereinigt. Die entlarvenden Reaktionen von Teilen der Bürgerschaft und auf der Seite der CDU werden aber noch lange nachhallen.

Wilhelm Schmidt ist SPD-Bundestagsabgeordneter

Seitenblick

Neue Dimension**Juden in Berlin fühlen sich wieder bedroht. Gefahr geht zunehmend von islamischen Extremisten aus.**

Wer als Jude erkennbar in der Hauptstadt unterwegs ist, kann nicht sicher sein, unverletzt nach Hause zu kommen. Dass dies eine bittere, aber nicht von der Hand zu weisende Erkenntnis ist, haben in jüngster Zeit mehrere antisemitische Übergriffe bestätigt: Eine 14-jährige Schülerin, die einen Davidstern um den Hals trug, wurde in Schöneberg von zwei weiblichen Jugendlichen beleidigt und geschlagen, ein 56-Jähriger, ebenfalls mit Davidstern, wurde von einer Gruppe Jugendlicher in einem Bus in Tiergarten angegriffen. Sie beschimpften den Mann als „Drecksjuden“, bespuckten ihn und traten ihm mehrfach ins Gesicht. Ein 19-jähriger US-amerikanischer Student mit Schläfenlocken wurde von Jugendlichen im Bezirk Neukölln attackiert.

In den drei Fällen waren die Täter keine deutschen Rechtsextremen, sondern arabischstämmige Jugendliche. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sprach von einer „Judenfeindschaft“, die in dieser Dimension neu sei unter der arabischen Bevölkerung Berlins. Diese sei „beschämend“, sagte Körting und forderte, arabische und muslimische Organisationen sollten sich von Intoleranz gegenüber anderen Religionen eindeutig distanzieren. Die antisemitischen Ausschreitungen junger Araber waren nicht die ersten. So wurde im vergangenen Jahr eine 21-Jährige samt ihrer Mutter in der U-Bahn verprügelt, im März dieses Jahres ein amerikanischer Jude auf dem Kurfürstendamm attackiert. Bereits vor zwei Jahren wurde der Rabbiner Walter Rothschild Opfer eines Angriffs von Jugendlichen, als er sich in einen Streit zwischen ihnen und dem BVG-Personal einmischte.

Es spricht einiges dafür, dass zumindest im Zentrum Berlins, in dem seit ein paar Jahren wieder sichtbares jüdisches Leben entsteht, die größte Gefahr für dieses nicht von deutschen Neonazis, sondern von Jugendlichen aus Einwandererfamilien ausgeht. Seit dem 11. September verzeichne man „einen Anstieg von Delikten wie Beleidigungen und Körperverletzungen, die aus der Eskalation des Israel-Palästina-Konfliktes resultieren“, erklärte der Leiter des Berliner Staatsschutzes, Harald Chy-

biak, in einem Interview. Aus den Reihen der Polizei wurde auch schon einmal der Rat kolportiert, die jüdische Bevölkerung sollte aus Sicherheitsgründen auf das Tragen von Symbolen verzichten. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, reagierte prompt: „Alle, die es wollen, sollen weiter offen die jüdischen Symbole tragen, die Kippa oder den Davidstern. Wir kennen uns zur jüdischen Identität.“

In der Praxis wollen sich daran aber längst nicht mehr alle halten. Fragt man einmal die Schüler der Jüdischen Oberschule in Berlin-Mitte, erzählen einige, dass sie ihr Verhalten in den letzten Jahren verändert hätten. Eine 19-Jährige sagt: „Es gibt viele, die inzwischen froh sind, nicht als Juden erkannt zu werden.“ Sie selber sei einmal von deutschen Jugendlichen angepöbelt worden, als sie in der Straßenbahn im entlegenen Köpenick ihre Hebräisch-Hausaufgaben gemacht habe.

■ Zusammenspiel mit Rechtsextremen ■

Was den Umgang mit der Bedrohung an der Schule, an der unter massiven Sicherheitsvorkehrungen unterrichtet wird, angeht, glauben hier alle, dass die größte Gefahr von arabischen Extremisten ausgeht. Um die Lage einzuschätzen, erhält der israelische Wachdienst der Schule täglich Berichte der Geheimdienste, auf die prompt reagiert wird. Und: Nach jedem Selbstmordanschlag in Israel, aber auch nach jeder echten oder vermuteten Äußerung von El-Kaida oder während des Irak-Kriegs werden und wurden die Sicherheitsvorkehrungen noch verschärft. Allerdings fürchtet man an den jüdischen Einrichtungen keine Angriffe von Jugendlichen, die Juden im Bus anspucken und überfallen, sondern organisierte islamische Extremisten.

Fest steht: Die Dimension, in der der Nahost-Konflikt sowie die Folgen des 11. September die Diaspora erreicht haben, bleibt von der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet – obwohl auch die Sicherheitsbehörden deutliche Hinweise geben. Der Berliner Verfassungsschutz notiert: In Berlin wurden im vergangenen Jahr 255 antisemitische Delikte gezählt, 2001 waren es 106, 2000 noch 56.

In der Öffentlichkeit vor einer neuen Form des Antisemitismus zu warnen, bleibt bisher weitgehend der Jüdischen Gemeinde vorbehalten. Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, weist immer wieder auf die neue Dimension hin – auch

wenn er in der Vergangenheit wiederholt erklärt hatte, der offensive Umgang mit Antisemitismus sei Aufgabe der Mehrheitsbevölkerung und gerade nicht der Juden. Es gäbe „fast wöchentlich Angriffe gegen jüdische Einrichtungen“, sagte Spiegel der „Frankfurter Rundschau“, „das sind Dinge, von denen wir vor ein paar Jahren geglaubt hatten, dass sie der Vergangenheit angehören“. In ganz Europa fände der Nahost-Konflikt seine Fortsetzung: „Es gibt großen Anlass zur Sorge.“ Spiegel warnt aber auch davor, die von deutschen Rechtsextremen ausgehende Gefahr zu unterschätzen. Stattdessen beobachtet er eine zunehmende Annäherung von Islamisten und Rechten. Man wisse, dass die beiden Gruppen sich in ihrem Antisemitismus „an einer Schnittstelle begegnen“. Und: „Wir haben schon vor Jahren davor gewarnt, dieses Zusammenspiel nicht ernst zu nehmen.“

Dass es zwischen Rechtsextremen und Islamisten auch in Berlin Allianzen gibt, wurde spätestens im vergangenen November in der Technischen Universität überdeutlich: Dort sprach der Islamist Shaker Assem bei einer Veranstaltung der inzwischen verbotenen Gruppe Hizb ut-Tahrir über Allah und den heiligen Krieg gegen Israel. Unter den 300 Zuhörern im Saal waren auch der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und Horst Mahler. Voigt nutzte die Gelegenheit, seine Solidarität zu demonstrieren: „Wenn es zur großen Auseinandersetzung kommt“, versicherte Voigt dort den versammelten Muslimen, „dann werden die nationalen Deutschen nicht auf der Seite Amerikas stehen.“ *Jeannette Goddar*

Demokratische Initiativen

Salzwedel – Der bildungspolitische Verein „Miteinander“ hat in Salzwedel eine neue Initiative gegen Rechtsextremismus gestartet: Vorgesehen sind eine mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt und ein Modellprojekt, in dessen Rahmen Handlungskonzepte für Weltoffenheit und Demokratie in Kommunen entwickelt werden sollen. „Miteinander“ will dabei eng mit dem Salzwedeler Arbeitskreis für Demokratie und Weltoffenheit zusammenarbeiten. Finanziert wird das Projekt aus dem „Civitas“-Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus. Über Civitas ist die Initiative allerdings nur bis Ende dieses Jahres finanziell abgesichert. Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hatte den bisherigen Zuschuss für „Miteinander“ um nahezu 75 Prozent gekürzt. Deshalb mussten die vier Regionalbüros in Aschersleben, Gardelegen, Roßlau und Weißenfels Ende März aufgelöst werden. *T.G.*

Ausland**Politische Botschaft**

Rechtsextremisten und Islamisten machen sich die Breitenwirkung von Computerspielen zu Nutzen.

Mit dem Spiel „Special Force“ reihte sich die Hizbollah im Nahen Osten in eine wachsende Anzahl von extremistischen Organisationen ein, die Computerspiele zur Verbreitung von politischen Botschaften und zur Rekrutierung des Nachwuchses nutzen. Hier scheint sich ein Segment der rund 10 Milliarden Dollar schweren Computerspieleindustrie stark zu verbreitern – „advergaming“, das heißt, die Nutzung von Computer- oder Videospielen zum Verkauf von Produkten oder Ideen.

„Wir wollen junge Menschen erreichen, und es ist dieses Medium, das uns dies ermöglicht“, sagte der im vergangenen Jahr verstorbene Anführer der US-amerikanischen National Alliance, William Pierce, bei der Vorstellung des rassistischen Videospiels „Ethnic Cleansing“ („ethnische Säuberung“). „Solange [elektronische Spiele] ... viele Menschen ansprechen, haben wir die Pflicht, sie für die Verbreitung unserer Botschaft zu nutzen“, so Pierce.

Es sind vor allem junge Männer, die durch diese Art von Unterhaltung angezogen werden. Laut einer Untersuchung von ComScore Media Metrix über den Gebrauch von Onlinespielen gehen 60 Prozent von Jungen zwischen 13 bis 17 Jahren und 72 Prozent der 18- bis 24-jährigen Männer häufig auf Gameseiten, wenn sie im Internet surfen.

Dass nun auch Rechtsextremisten wie die National Alliance sich die Breitenwirkung von Computerspielen zunutze machen, gibt durchaus Anlass zur Sorge. „Ethnic Cleansing“ beginnt damit, dass ein Spieler aus einem „Ghetto Crackhaus“ kommt und dunkelhäutige Gegner abschießt, die bei einem Treffer wie Affen schreien. Der Protagonist – wahrscheinlich ein maskiertes Ku-Klux-Klan Mitglied oder ein Nazi-Skinhead – können sich zehn mit rassistischen Postern und Symbolen gepflasterte Level hocharbeiten, wenn sie nur genug stereotyp dargestellte Juden, Schwarze und Latinos abknallen. Wie von der NA erhofft, erregte „Ethnic Cleansing“ in den USA öffentliche Entrüstung, was auch dazu beitrug, dass das Spiel circa 3100 mal für knapp 15 Dollar das Stück heruntergeladen wurde.

Auch der Neonazi Gary Rex Lauck hat mit seiner veränderten Version des „Moorhuhn“-Spiels, bei dem statt auf Hühner, Jagd auf Juden gemacht wird, für Aufsehen gesorgt. Der „Moorhuhn“-Hersteller Phenomedia klagte jedoch erfolgreich gegen Lauck wegen Urheberrechtsverletzung. Mehrere andere Spiele werden allerdings von Lauck weiterhin angeboten, wie „KZ-Rattenjagd“ (deutsch und englisch), „Nazi-Doom“ (verschiedene Sprachen) und „Die Säuberung“.

„Special Force“ der Hizbollah und „Under Ash“ des Syrers Dar al-Fikr haben noch stärkere Aufmerksamkeit erregt. Als erste arabischsprachige Spiele, die auch technologisch mit populären englischsprachigen Produkten mithalten können, stehen sich in beiden Spielen Palästinenser und israelische Soldaten im Kampf gegenüber. „Special Force“ kam kürzlich in den Handel im Libanon, in Syrien, dem Iran, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten und war bei einem Stückpreis von rund sieben Dollar und einer Produktion von 100 000 Kopien binnen einer Woche ausverkauft.

Sicherlich wird die Anwendung von Spielen wie „Ethnic Cleansing“ nicht automatisch Rassisten hervorbringen. Vielmehr haben Extremisten hier ein besonders effektives Rekrutierungsmittel an der Hand, Personen, die für die übermittelte „Message“ empfänglich sind, zu erreichen oder zu begeistern. Dies möglicherweise stärker, als per Film oder Fernsehen, denn Computerspiele sind interaktiv und beziehen den Spieler mit ein, der eigene Entscheidungen treffen kann. *Thomas Grumke*

Rassist als Talkmaster

Der erst im März vom amerikanischen Fernsehsender MSNBC angeheuerte rechtsradikale Talkmaster Michael Savage (BnR 6/03) ist gefeuert worden. Der Grund waren krasse antischwule Ausfälle in Savage's Show am 5. Juli. Dort beschimpfte Savage einen Anrufer als „Sodomiten“ und riet dem Anrufer, „AIDS zu bekommen und zu sterben“. Schon in der Vergangenheit hatte Savage mit Beleidigungen gegen Migranten, Juden, Obdachlose und Schwule von sich reden gemacht. Savage's „Paul Revere Society“ tritt unter anderem für die Schließung der amerikanischen Grenzen und die Deportation illegaler Migranten ein. Umso überraschender war die Verpflichtung von Savage durch den TV-Giganten MSNBC – dessen Eigentümer Microsoft und General Electric/NBC sind. *T.G.*

Hintergrund

Langjähriger Mentor

Der kürzlich im Alter von 83 Jahren verstorbene Armin Mohler galt als wegweisend für die Neue Rechte in Deutschland.

Armin Mohler, der „Patriarch der deutschen Rechten“ („Der Spiegel“) und „einer der Väter der Neuen Rechten“ (Mohler), „der unablässig gegen Westbindung und Werteverlust, Schuldkomplex und sexuelle Revolution polemisierte“ („Berliner Zeitung“), ist am 4. Juli in München gestorben.

Politisch standen bei Mohler, der Arnold Gehlen, Ernst Jünger und Carl Schmitt zu seinen Ikonen auserkoren hatte, der Kampf gegen den von Liberalismus und Marxismus angeblich in der Tradition der Aufklärung herbeigeführten „Egalitarismus“ und die Besinnung auf die Werte vor 1789 im Vordergrund. Ein Staatswesen, das von der „Annahme einer Gleichheit der Menschen ausgeht“, beruht nach den Axiomen konservativ-revolutionären Denkens auf einer „Täuschung“, so Mohler 1949 in seiner Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932“. Mohler glaubte, dass die „Konservativen Revolutionäre“, eine von ihm gewählte Sammelbezeichnung für die gesamte nicht-nationalsozialistische Rechte der Weimarer Republik, geeint werde durch eine gemeinsame Mentalität: den Kampf gegen die Dekadenz des liberalen Systems und die universalisierenden Tendenzen der Moderne, zu deren Ursachen er auch das Christentum zählte. Der seit 1961 in München lebende Schweizer galt/gilt als „Spiritus Rector“ der konservativ-revolutionären Neuen Rechten, die sich am antidemokratischen Jungkonservatismus der Weimarer Republik orientiert.

Geboren wurde der Beamtensohn am 12. April 1920 in Basel. 1941 ging Mohler illegal über die Schweizer Grenze, um als Freiwilliger der Waffen-SS für das Dritte Reich zu kämpfen. Im SS-Hauptamt in Berlin wurde Mohler mitgeteilt, dass man ihn nicht wolle. So begann er ein kurzes Studium an der Humboldt-Universität, um sich „die Grundlagen zu einer Kunstwissenschaft nach völkischen Gesichtspunkten zu erarbeiten“ (Mohler). In seinem Lebenslauf für ein Gesuch (24.3.1942) um Aufnahme an die Universität zum Studium erklärte Mohler: „Was meine weltanschauliche Haltung betrifft, so habe ich mich, einer dem neuen Deutsch-

land gegenüber fast ausnahmslos verständnislosen Umgebung entstammend, allmählich zu einer anderen Einstellung entwickelt. Auf der Grundlage meiner Kenntnisse der deutschen Kulturwerte wurde dies vor allem herbeigeführt durch den Eindruck der sozialen Leistungen des Nationalsozialismus und auf der Gegenseite des Versagens der Demokratien.“ 1943 kehrte er in die Schweiz zurück, wo er zu einem Jahr Festung wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe verurteilt wurde.

Nach seiner Promotion stand Mohler von 1949 bis 1953 als Sekretär dem Schriftsteller Ernst Jünger in Ravensburg und Wilflingen zur Seite. Danach arbeitete er bis 1961 als Korrespondent diverser Zeitungen in Paris. Als Geschäftsführer (1964 – 1984) der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München bot er immer wieder rechtsextremen Referenten wie Hellmut Diwald und Bernard Willms ein Forum. 1967 wurde Mohler mit dem „Adenauer-Preis“ der Deutschland-Stiftung ausgezeichnet. 1983 zählte Mohler zu den Gründungsmitgliedern (neben anderen Diwald, Willms) des Deutschlandrates, der „die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewusstsein“ forderte.

Als publizistisches Hausorgan diente Mohler ab 1970 die Zeitschrift „Criticon“. In seinem Buch „Der Nasenring“ stellte er 1989 die Massentötungen in Gaskammern in Frage. Falls diese nicht gewesen wären, so Mohler, wäre „das Ende der These von der Singularität der deutschen Verbrechen, die sich ja vor allem aus den Horror-Visionen von den Gaskammern nährt“, erreicht. Das Buch wurde über 10 000-mal verkauft. 1994 war das letzte Jahr, in dem Mohler für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zur Feder greifen durfte. Seine revisionistische Hetze war offenbar selbst dem extrem rechten Blättchen zuviel.

Im Folgejahr gab Mohler der Schweizer „WoZ“ ein Interview (Nachdruck in der „Leipziger Volkszeitung“). Auf die Frage „Bewundern Sie Hitler immer noch wie in ihren Jugendzeiten?“ antwortete Mohler: „Was heißt bewundern? Er hat immerhin eine richtige Führung geschaffen. Die Kader, die er heranzog, hatten Stil.“ Die Frage, ob er „die Massenmorde an den Juden für eine Erfindung“ halte, mochte Mohler nicht offen beantworten: „Über das Thema mag ich nicht reden. Da steht man gleich mit einem Bein im Gefängnis, wenn man sich nicht an die offizielle Sprachregelung hält.“

Anton Maegerle

Seitenblick**Ein großer Humanist**

Der Jurist Fritz Bauer ist untrennbar mit den Auschwitz-Prozessen verbunden.

Sucht man in Lexika unter dem Namen „Bauer“ nach einem mit dem Vornamen Fritz, wird man enttäuscht. Da gibt es zwar einen evangelischen Theologen Bruno und weitere elf bis zu Wolfgang, einen österreichischen Schriftsteller, aber Fritz Bauer kennen die Herausgeber offensichtlich nicht. Das ist bedauerlich und ungerecht. Denn einer der berühmtesten deutschen Juristen hieß so und wurde vor 100 Jahren – am 16. Juli 1903 – in Stuttgart geboren und starb vor 35 Jahren am 1. Juli 1968. Es geht um Fritz Bauer. Sein Name bleibt untrennbar mit mindestens zwei Namen verbunden: Mit Auschwitz und mit Adolf Eichmann. Ohne Fritz Bauer als hessischen Generalstaatsanwalt wären die Mörder von Auschwitz vermutlich ungeschoren davon gekommen und ob Adolf Eichmann ohne Bauer in Israel der Prozess hätte gemacht werden können, ist zumindest fraglich.

Als 1933 die Nazis an die Macht kamen, wurde Fritz Bauer gerade erst 30, hatte sich aber längst einen Namen als kritischer linker deutscher Richter gemacht. Deshalb wurde er zwangsläufig eines der ersten Opfer der NS-Justiz, vergleichbar etwa mit Robert Kempner. Doch bei Fritz Bauer genügte es den Nazis nicht, ihn zu entlassen. Der Sohn eines jüdischen Textilhändlers gehörte zu den ersten Häftlingen in einem der frühen Konzentrationslager. 1936 – wahrscheinlich im Zusammenhang mit den olympischen Spielen – wurde er entlassen und floh sofort nach Dänemark, dann, ehe die Nazis Dänemark besetzten, nach Schweden. Was er dort bis zur Befreiung Europas und seiner Rückkehr nach Deutschland gemacht hat, ist der Öffentlichkeit kaum bekannt. Eine Biografie hätte dieser hochverdiente Mann längst verdient. Nicht weil er eitel war. Im Gegenteil. Er hätte bei der Frage, ob er an einer Autobiografie interessiert sei, mit ziemlicher Sicherheit abgewinkt. Vielleicht wird jetzt von einer Einrichtung ein Buch auf den Weg gebracht, die ihm wie keine andere verpflichtet ist: Dem Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt am Main.

Frankfurt bot sich förmlich an, als Bauer 1998 zu seinem 95. Geburtstag mit einem Institut geehrt werden sollte, denn dort war er von 1956 bis 1968

hessischer Generalstaatsanwalt. In dieser Funktion hat er die ersten Auschwitzprozesse erzwungen, hat gegen den berüchtigten „Euthanasie“-Arzt Heye/Sawade ermittelt und die Diskussion über die NS-Zeit und NS-Prozesse bewirkt. Ohne Bauer wäre es wahrscheinlich nicht zu einer breiten Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen gekommen, wenngleich er es nie bei den Strafverfahren belassen wollte. „Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit erfordert gewiss ein Wissen um Fakten, aber das genügt nicht. Nötig ist auch der Versuch ihrer Deutung, ohne die keine Folgerung und keine Lehre gezogen werden können.“

Erstes öffentliches Aufsehen hatte Fritz Bauer bereits 1952 erregt. Es war die Zeit des beginnenden aggressiven Rechtsextremismus in der noch jungen Bundesrepublik. Widerstand in der NS-Zeit wurde verhöhnt, die Attentäter vom 20. Juli 1944 wurden als Vaterlandsverräter verunglimpft, von linkem und jüdischem Widerstand sprach damals noch niemand. Doch der Mann, der in Berlin 1944 an der Spitze der Hitler-Anhänger stand, machte groß von sich reden: Otto Ernst Remer, Gründer der rechtsextremen Deutschen Reichspartei. Im Strafverfahren gegen Remer in Frankfurt hatte Bauer mit dem ihm eigenen Pathos gerufen: „Ein Unrechtsstaat wie das ‘Dritte Reich’ ist überhaupt nicht hochverratable!“ Als die Meinung herrschte, die kleineren KZ-Schergen seien doch ein „austauschbares Rad in der Vernichtungsmaschinerie“ gewesen, verfocht Fritz Bauer öffentlich die These von der individuellen Schuld oder Unschuld eines jeden Einzelnen. Damit hat er sich nicht beliebt gemacht, schon gar nicht bei seinen juristischen Kollegen. In diesem Zusammenhang ist seine sarkastische Feststellung zu verstehen, wenn er sein Dienstzimmer verlasse, betrete er feindliches Ausland.

Unvergessen bleibt ein Besuch in diesem Dienstzimmer kurz vor Bauers Pensionierung 1967 oder 1968. Der körperlich kleine juristische und humanistische Gigant stand neben seinem Schreibtisch in Frankfurts Innenstadt und blickte hinaus auf die Straße. Wir hatten über Adolf Eichmann gesprochen, dessen Spur ja Fritz Bauer gefunden hatte. Was, sagte er damals sinngemäß, hätte ich denn machen sollen? Den deutschen Sicherheitsbehörden oder Geheimdiensten einen Tipp geben, wo viele alte NSDAPler untergetaucht oder untergekommen waren? Die haben sich doch untereinander abgesprochen. Da war mir der israelische Geheimdienst der sicherere Adressat. Recht gehabt hat er, der große Fritz Bauer.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Nur „Beutestücke“

Eine Ausstellung über deutsch-sowjetisches Kriegsgefangenenleid.

Das Blättern im Gästebuch macht deutlich, wie brandaktuell die Ausstellung „Beutestücke“ im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst ist, auch wenn die Fotos vor sechs Jahrzehnten entstanden. „Kriegsgefangene in der deutschen und sowjetischen Fotografie 1941-45“ gibt den Museumsbesuchern im 21. Jahrhundert unterschiedlichen Stoff zum Nachdenken. „Das ganze unendliche Leid – dies alles sollte und darf den heute aufwachsenden Generationen nicht vorenthalten, nicht verschlossen bleiben“, bestätigt ein Besucher den Ausstellungsmachern um Peter Jahn, Margot Blank und Kurt Blank-Markard. „Und bis auf den heutigen Tag geraten Menschen in solche entsetzliche, entwürdigende Lage. Warum?“, fragen andere.

Wer könnte als denkender Mensch gleichgültig reagieren, wenn er die Fotodokumente darüber sieht, wie man Soldaten zu Beutestücken menschenfeindlicher Kriegsmaschinen degradiert. Ferdinand Thun, Kriegsgefangener in der UdSSR 1943 - '48 und Mitglied des Bunds Deutscher Offiziere in der Bewegung Freies Deutschland, schreibt: „Eine höchst eindrucksvolle Ausstellung. Sie mahnt: ‚Nie wieder Krieg!‘ Aber wie viele Kriege gibt es wieder und wie viele Menschen sind wieder ‚Kriegsgefangene‘. Und wie werden sie behandelt?“

An ganz aktuelle Bilder in diesem Zusammenhang erinnert Peter Jahn im Vorwort zum Katalog: „Kurz nach Beginn des Angriffs von amerikanischen und britischen Truppen auf den Irak zeigten die Alliierten die ersten Bilder irakischer Kriegsgefangener – gefesselt, am Boden hockend, mit verbundenen Augen. Als kurz darauf auch das irakische Fernsehen ein paar amerikanische Gefangene in gedemütigter Haltung zeigte, protestierte die Regierung der USA gegen diese Propagandavorführung. Sie berief sich dabei auf das Kriegsvölkerrecht, das eine herabwürdigende Zurschaustellung von Kriegsgefangenen verbietet.“ Jahn bemerkt, dass diese Bestimmung erst nach dem Zweiten Weltkrieg Aufnahme in das Kriegsrecht fand.

In welchem Maße solche „herabwürdigende Zurschaustellung“ von deutscher und sowjetischer Sei-

te betrieben wurde, zeigen Zeitungsausschnitte vom „Illustrierten Beobachter“ bis zur „Krasnaja Swesda“ und Flugblätter. Man prahlte mit dem Triumph über den besiegten Feind und konnte sich gar nicht genug daran tun, die Elendsgestalten der Gefangenen in ihren zerfetzten Uniformresten, mit verzweiferten, ausgemergelten Gesichtern auf Märschen durch Städte oder über schneebedeckte Felder abzulichten. Je 30 sowjetische und deutsche Kriegsgefangenenfotos dieser Art umfasst die Exposition. Das dominierende Gefühl beim heutigen Betrachter ist Mitleid mit den Erschöpften und Gedomütigten. Von 5,7 bis 6 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sind nur 2,5 bis 3 Millionen am Leben geblieben. Von den 3 Millionen deutschen Gefangenen in der Sowjetunion sind nach deutschen Angaben eine Million ums Leben gekommen.

Hitlerdeutschland betrachtete sich aus rassischen und „völkischen“ Gründen zu jeder Art von Unmenschlichkeit gegenüber „Bolschewisten“ berechtigt. Der „Führer“ selbst formulierte die Begründung: „Wir kämpfen gegen einen Gegner, der – das muss ich hier aussprechen – nicht aus Menschen besteht, sondern aus Tieren und Bestien!“ Die nazistische Propaganda tat ihr Bestes, um das Hitlerwort zu illustrieren. In der Ausstellung findet sich die erste Seite der „Berliner Morgenpost“ vom 8. Juli 1941 mit dem Titel: „Die Tore zur Sowjetölle sind offen – Die Welt ist entsetzt!“ und sechs Grimassen Gefangener, von PK-Fotografen so entstellt aufgenommen, dass es der Unterschrift „Untermenschen“ nicht mehr bedurfte: verschlagen, asiatisch, jüdisch, verblödet. Mit dem „Führerwort“ als Bildunterschrift betätigt sich das „12-Uhr-Blatt“ am 9. Oktober 1941 mit drei besonders widerlich verzerrenden Porträts als Hetzblatt gegen „Verbrechertypen im Solde des Kreml“.

Natürlich erinnern die Gefangenenbilder daran, dass der Hauptteil der Kämpfe auf von deutscher Wehrmacht überfallenem und besetztem sowjetischen Territorium stattfand. Dennoch: auch die sowjetischen Fotos spiegeln Menschenverachtung und Grausamkeit wider. Doch eine solche Ausstellung dient nicht der gegenseitigen Aufrechnung. Ihr Ziel muss sein, was Besucher aus Suhl „tief beeindruckt von den Dokumenten über die Grausamkeiten während des 2. Weltkrieges“ ins Gästebuch schrieben: „Ähnliches darf sich NIE wiederholen.“

Ralf Bachmann

Beutestücke. Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst. Zwieseler Str. 4, Dienstag bis Sonntag, 10.00 bis 18.00 Uhr, bis 14. September.

Meldungen

Inland

■ **Bad Soden-Salmünster** – Martina Waßmuth vom extrem rechten Devotionalienversand MTM-Medien-Marketing-Team GmbH aus Bad Soden-Salmünster in Hessen, schreibt in ihrem aktuellen Werbeblatt, dass sich „die Deutschen wieder auf die Werte, die ihnen schon immer das Überleben in schwierigen Situationen ermöglicht haben ... weil man sie als Grundpfeiler einer gesunden Volksseele erkannt“ habe, besinnen würden. Dazu will ihr neues Programm „wertvolle Anregungen“ bieten: „Dass diese Erkenntnis auch nach außen getragen wird, konnten wir zu unserer Freude bei unserem Bekleidungssortiment erfahren.“ So werden „T-Hemden“, Pullover, Kapuzen-Pullover, Jacken, Kappen et cetera mit dem Aufdruck der derzeit unter anderem wegen des Vorwurfs einer kriminellen Vereinigung vor Gericht stehenden Rechtsrock-Kombo „Landser. Eine deutsche Legende“ angeboten. Im aktuellen Angebot sind neben Büchern wie „Hitlers Schloss“ oder „Hitler-Jugend“, Videodokumentationen wie „Stalingrad“ oder „Die Schlacht im Atlantik“ auch Gürtel und Schnallen mit Keltenkreuz-Aufdruck.

■ **Berlin** – In der rechten Szene wird wieder für die Skinhead-Band „Landser“ gesammelt, die zur Zeit in Berlin vor Gericht steht. Nachdem das frühere Konto des „Landser“-Anwalts Carsten Schrank bei der Dresdner Bank gekündigt worden war, geht nun das Geld offenbar direkt an die Neonazi-Truppe. Das neue Konto wird bei der Berliner Volksbank unter dem Namen Bauer geführt und gehört vermutlich dem ehemaligen „Landser“-Gitarristen Jean Rene Bauer.

■ **Böblingen** – Stephan Braun, baden-württembergischer SPD-Landtagsabgeordneter und Extremismusexperte der SPD-Landtagsfraktion, warnt in einer Pressemitteilung vor der nach seinen Erkenntnissen im Mai von Mitgliedern der Republikaner, DVU, NPD und Deutscher Partei gegründeten „Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen“. Den Stuttgarter Innenminister Thomas Schäuble (CDU) hat Braun um umfassende Auskunft über diese rechtsextreme Organisation gebeten. Braun will unter anderem wissen, „ob es zutrifft, dass die ‘Bürgerbewegung’ seit ihrer Gründung versucht hat, über Zeitschriften wie ‘Junge Freiheit’ und ‘Signal’ und andere rechtsextremistische Publika-

tionsorgane auf ihre Bewegung aufmerksam zu machen“. Erklärtes Ziel der „Bürgerbewegung“ ist die Teilnahme an den Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Mitglied im Sprecherrat der „Bürgerbewegung“ ist der 21-jährige Theologiestudent Marius Frosch, Noch-Mitglied des FDP-Kreisverbandes Böblingen. Gegen Frosch, Anhänger des baden-württembergischen „Freundeskreises W. Möllemann“, läuft ein Parteiausschlussverfahren. Frosch, nach Eigenbekunden langjähriger Leser der „Jungen Freiheit“ und Leserbriefschreiber in „Nation & Europa“, steht seit November 2002 dem extrem rechten „Kreis Christlicher Patrioten – Gesellschaft für religiöse und politische Bildung“ vor. Zuvor gehörte er unter anderem den Republikanern an. Mitglieder im Sprecherrat der „Bürgerbewegung“ sind auch Peter Kulbatski und Klemens Lockfisch. Beide wurden 1999 in den Kreisvorstand der NPD in Böblingen gewählt.

■ **Ehningen** – Eine „Sammelklage wegen Spendenbetrugs“ gegen Frank Rennicke aus Ehningen, der in Neonazi-Kreisen bislang als „nationaler Barde und Liedermacher“ verehrt wird, wird von einer „Interessengruppe“ unter Führung eines Friedrich Meierling vorbereitet. Demnach soll Rennicke Spendenaufrufe zugunsten seiner Familie initiiert haben, nachdem die Staatsanwaltschaft von seinem Konto 70 000 Mark beschlagnahmt hatte. Dieses Geld war nach Angaben Rennickes für die Zukunftssicherung seiner fünf Kinder und seiner Frau Ute angespart worden. Die „Interessengruppe Sammelklage gegen Frank und Ute Rennicke“ wirft diesen nun vor, dass es sich nicht um „angespartes Geld“, sondern um Geld aus einer Erbschaft in Höhe von 300 000 Mark gehandelt habe. Spendengelder, die bei den Rennickes eingegangen sind, sollten nach Auffassung der „Interessengruppe“ wieder zurückbezahlt werden. Angaben der „Interessengruppe“ zufolge „mehren sich die Anzeichen, dass Frank und Ute Rennicke sich mit ihrem Vermögen ins Ausland absetzen wollen.“

■ **Halle** – In Halle an der Saale wurde eine Neonazi-Gruppierung namens „Volksfront Deutschland“ ins Leben gerufen. Intention der „Volksfront Deutschland“ ist die Betreuung von inhaftierten Gleichgesinnten in Europa. „Volksfront Deutschland“ in Halle ist die erste Dependance in Europa, die von der US-amerikanischen Neonazi-Gruppierung „Volksfront“ (Postfachadresse in Portland, USA) gebildet wurde. Gegründet worden war die heute circa 50 Mitglieder starke „Volksfront“ am 20. Oktober 1994 in Portland.

■ **Hamburg** – Die „Bürgerinitiative Hamburger Opfer Unvergessen“ unter Führung von Gerhard Teppris, einem notorischen Leserbriefschreiber in der rechtsextremen „National-Zeitung“, veranstaltet am 27. Juli eine Kranzniederlegung für die „Hamburger Opfer des Luftterrors“ bei der Grabanlage auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg. Bei dem alljährlich stattfindenden Aufmarsch ist neben anderen der Hamburger DVU-Landesvorsitzende Heinrich Gerlach als Redner zugegen. Anzeigen für die Veranstaltung sind in der „National-Zeitung“ geschaltet.

■ **Mannheim** – Die Rocker-Truppe „Banditos“ hält weiter engen Kontakt zur Skinhead-Szene. Mitte Juli kamen wieder rund 150 Rechte zu einem Konzert ins Mannheimer Clubhaus der Motorradgang. Neben den rechtsextremen Gruppen „Jungsturm“ aus dem Saarland und „Mosphit“ aus Sachsen traten auch die rechtslastigen Black-Metall Bands „Totenburg“ und „Wewelsburg“ auf. Das kahlgeschorene Publikum hatte am „Kreischgesang“ der ganz in schwarz gekleideten BM-Musiker aber nur wenig Freude.

■ **München** – Mit Veranstaltungen macht die überparteiliche Aktion „Demokratie Direkt München e.V.“ auf sich aufmerksam. Bei der Vereinigung (Bankverbindung: Stadtparkasse München) handelt es sich nach Angaben des bayerischen Innenstaatssekretärs Hermann Regensburger (CSU) um einen „Zusammenschluss von etwa 15 Personen unter der Leitung des Rechtsextremisten Roland Wuttke“ (Jg. 1954). An Infoständen, Mahnwachen und Vortragsveranstaltungen der „Bürgerinitiative, die sich dafür einsetzt, dass in unserem Land Demokratie wieder gelebt wird“ (Eigenbezeichnung), nehmen nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes auch „Aktivisten der Neonazi- und Skinheadszone teil“. Wuttke, der dem Sprecherkreis der rechtsextremen Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) von Alfred Mechtersheimer angehörte und Redner bei einer JN-Kundgebung in Grafenwöhr war, ist Autor in der „Jungen Freiheit“, dem „Witikobrief“, der „Neuen Ordnung“, „Freiheit Wattenscheid“ und „Nation&Europa“ (NE). In NE rief er kürzlich die „Nationale Rechte“ zur „Zellenbildung“ auf. „Deutschlandweit“, so Wuttke, „müssen von 'unten' her Strukturen geschaffen werden, die den Aufbau einer 'Gegenöffentlichkeit' ermöglichen.“ Damit steige „der Druck im Kessel“ und „soziale Umbrüche“ werden eintreten. Stellvertretender Vorsitzender von „Demokratie Direkt“ ist der Münchner Republikaner-Stadtrat Johann

Weinfurtner (64; ehemals NPD- und CSU-Mitglied). Aktiv bei „Demokratie direkt“ ist unter anderem auch Thomas Fischer (CSU), vormalig Leiter der bayrischen DAO-Landesgeschäftsstelle und Autor der „Jungen Freiheit“, „Nation&Europa“ sowie „Sleipnir“.

■ **Neubrandenburg** – Vor dem Amtsgericht Neubrandenburg wird am 29. September gegen den Neonazi Lars Jacobs wegen Leugnung des Holocausts verhandelt. Jacobs soll im Juli 2001 in Neubrandenburg den Holocaust geleugnet haben, wobei er ein Megaphon benutzte. Zu Hinweisen, wonach Jacobs Mitglied des US-amerikanischen Ku Klux Klan sei und in den USA an der Waffe ausgebildet werde, konnte Oberstaatsanwalt Gerd Zeisler gegenüber der Tageszeitung „Nordkurier“ keine Aussage machen.

■ **Neustadt (Schleswig-Holstein)** – Als der antisemitische Angriff auf den Jüdischen Friedhof entdeckt wurde, erschienen die Zeichen auf dem Grabstein zunächst rätselhaft. Nicht mit dem Blut des aufgeschlitzten Ferkels, das auf der Gedenkstätte lag, sondern mit roter Farbe hatten Unbekannte untereinander zweimal „C18“ auf den Stein geschmiert. C18 steht für die britische rechtsterroristische Combat 18, mit der sich auch in Deutschland Neonazis identifizieren. Und diese brüsten sich bereits seit Ende Mai im Internet mit der Schandtate in Neustadt. Auf der Website finden sich in einem „Aktionsreport 05/03: Jüdischer Friedhof in Neustadt“ Zitate und Fotos aus den „Lübecker Nachrichten“, Hasstiraden gegen Juden und das Bekenntnis: „Combat 18 übernimmt für diese Tat die volle Verantwortung“. Daneben sind Bürgermeister Henning Reimann, Landrat Reinhard Sager und Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Schultz abgebildet. Über dieser Fotoleiste steht die Drohung: „Wer dem Juden dient, ist Feind. Ihr seid die Nächsten.“

■ **Riesa** – Der der NPD nahe stehende Deutsche Stimme Verlag in Riesa veranstaltet am 9. August in Sachsen sein diesjähriges Pressefest. Als Referenten sind neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der Gründer der British National Party (BNP), John Tyndall, und Baldur Springmann, Kopf der Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden (AGDL), angekündigt. Für das musikalische Programm sorgen die Bands „Saga“ (Schweden), „Sturm und Drang“ und „Nordfront“ sowie die Barden Frank Renniecke, Jörg Hähnel und Annett Moeck. An einer Podiumsdiskussion zum Thema „Demonstrationen – ein wirksames Propagan-

dainstrument für den nationalen Widerstand“ nehmen die NPD-Kader Voigt, Günter Deckert, Sascha Roßmüller, der Ex-Rechtsterrorist Peter Naumann und Jörg Milch, führender Kopf des „Nationalen Widerstands Karlsruhe“, teil.

Ausland

■ **Frankreich (Toulouse)** – Bernard Antony, Häuptling des katholisch-fundamentalistischen Flügels des Front National, geht auf Distanz zum Parteivorsitzenden Jean Marie Le Pen. Am 4. Juli gab Antony, FN-Fraktionsvorsitzender im Regionalparlament von Toulouse, seinen Rückzug aus dem Politischen Büro des FN bekannt, dem zweithöchsten Führungsgremium der Partei. Der Ex-FN-Europaparlamentarier (1984 – 1999) erklärte auch, bei der Regionalwahl im kommenden Jahr nicht erneut auf einem der vorderen Listenplätze antreten zu wollen. In einem Kommuniqué vom 4. Juli kritisierte Antony – zwischen den Zeilen, aber kaum unverhohlen –, dass der Parteichef seine Tochter Marine Le Pen innerparteilich gefördert und damit einer Modernisierung des FN-Diskurses zu Fragen der Frauenpolitik und der Abtreibung Vorschub geleistet habe. Antony sieht seine ideologischen Positionen durch die vermeintliche Modernisierung gefährdet und will stärker denn je seine „totale Opposition zu einem politischen System ausdrücken, das Genozid an unserem eigenen Volk begeht und gegen die Kultur des Todes, die es begleitet.“ Nach eigenen Angaben will der langjährige, einflussreiche FN-Funktionär allerdings aktives Parteimitglied bleiben.

■ **Österreich (Linz)** – Neue FPÖ-Vorsitzende in Niederösterreich ist die 46-jährige zehnfache Mutter Barbara Rosenkranz. 325 Delegierte wählten mit 80,94 Prozent die extrem rechte FPÖ-Nationalratsabgeordnete in dieses Amt. Verheiratet ist Rosenkranz mit Horst Jakob Rosenkranz, Vorsitzender des Vereins „Kritische Demokraten“, der als Bindeglied zwischen Neonazis und der FPÖ gilt, und Herausgeber der neonazistischen Gazette „fakten“ ist. Rosenkranz, der enge Kontakte zu dem Holocaust-Leugner Gerd Honsik unterhielt, begann seine politische Karriere bei der Nationaldemokratischen Partei Österreichs und kandidierte später als Spitzenkandidat der Liste „Nein zur Ausländerflut“, die wegen NS-Wiederbetätigung nicht zur Nationalratswahl zugelassen wurde.

■ **USA (Big Spring Gefängnis, Texas)** – Der umtriebige Rechtsextremist David Duke lässt nicht

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 15/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

locker und hat einmal mehr einen Spendenaufruf gestartet: diesmal aus dem Gefängnis. Gerade wegen der Veruntreuung von Spenden sitzt der ehemalige Grand Wizard der Knights of the Ku Klux Klan für 15 Monate in einem Bundesgefängnis in Texas. In diesem Fall erbittet Duke finanzielle Hilfe, um sein neuestes Buch „Jewish Supremacy“ (etwa: „Jüdische Überlegenheit“) zu promoten. Hier attackiert er wie immer Juden allgemein und Israel im Speziellen. Tatsächlich ist das Buch aber nichts anderes als eine aufbereitete Version eines bereits in Russland veröffentlichten Buches beziehungsweise eines Kapitels seines früheren Buches „My Awakening“.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.